

Abitur **MEHR ERFAHREN**

Sozialkunde

Gymnasium

Bayern

Das musst du können!



STARK

Inhalt

Struktur und Wandel der Gesellschaft in der Bundesrepublik

1	Struktur der Gesellschaft	1
1.1	Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen	1
1.2	Soziale Ungleichheit und soziale Mobilität	8
1.3	Modelle sozialer Ungleichheit	11
1.4	Bewertung und Entwicklung sozialer Ungleichheit	16
2	Wandel der Gesellschaft	19
2.1	Familie	19
2.2	Berufs- und Arbeitswelt	23
2.3	Werte	28
3	Sozialstaat und soziale Sicherung	31
3.1	Grundlagen und Bedeutung des Sozialstaats	31
3.2	Kernprinzipien des Sozialstaats	32
3.3	Herausforderungen des Sozialstaats	33

Grundzüge politischer Systeme der Gegenwart

1	Demokratische Systeme	39
1.1	Bedeutung der Menschenrechte	39
1.2	Grundlegende Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates	42
1.3	Wesentliche Ausprägungen von Demokratie	43
2	Diktatorische Systeme	50
2.1	Merkmale diktatorischer Systeme	50
2.2	Autoritäre und totalitäre Diktaturen	51
3	Mischformen zwischen Demokratie und Diktatur	53
3.1	Merkmale „defekter Demokratien“	53
3.2	Russland als Beispiel für eine „defekte Demokratie“	54
4	Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Demokratie	56
4.1	Umgang mit Herausforderungen der Demokratie	56
4.2	Reformvorschläge zur Weiterentwicklung des demokratischen Systems	59
4.3	Chancen und Hemmnisse von Demokratisierungsprozessen in der Welt	63

Aspekte der Europäischen Einigung

1	Geschichtlicher Überblick über die Entwicklung der Europäischen Einigung	66
2	Institutioneller Aufbau der EU	69
2.1	Europäischer Rat	69
2.2	Rat der Europäischen Union (Ministerrat)	69
2.3	Das Europäische Parlament	70
2.4	Die Europäische Kommission	72
2.5	Der Europäische Gerichtshof	73
2.6	Die Europäische Zentralbank	74
2.7	Der Rechnungshof	75
3	EU auf dem Weg zum europäischen Rechtsraum	76
3.1	Das Prinzip der Subsidiarität	76
3.2	Zuständigkeiten in der EU	76
3.3	Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union	77
3.4	Das Zusammenwirken der EU-Organen in der Rechtsetzung	77
3.5	Entwicklung eines europäischen Rechtsraums	79
4	Herausforderungen und Perspektiven der EU	80
4.1	Herausforderungen	80
4.2	Perspektiven	82

Frieden und Sicherheit als Aufgabe der internationalen Politik

1	Definition von Frieden	84
2	Gefährdung von Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert	85
3	Grundlagen der Politik im internationalen Rahmen	86
3.1	Zentrale Begriffe	86
3.2	Handlungsfelder internationaler Politik	87
3.3	Erweiterter bzw. umfassender Sicherheitsbegriff	89
4	Internationale Organisationen der kollektiven Friedenssicherung	91
4.1	UNO	91
4.2	NATO	96
4.3	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	102

4.4	Möglichkeiten und Grenzen von Entwicklungspolitik als Beitrag zur Friedenssicherung	104
5	Chancen und Probleme der Sicherheitspolitik der EU ...	106
5.1	Institutionelle Grundlagen der gemeinsamen europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	106
5.2	Diskussion um die Errichtung einer EU-Armee	109
5.3	Grenzen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	110

Herausforderungen für die nationale Politik in einer globalisierten Welt

1	Deutsche Außenpolitik	111
1.1	Bedingungsfaktoren deutscher Außenpolitik	111
1.2	Ziele der deutschen Außenpolitik	112
1.3	Zielkonflikte der deutschen Außenpolitik	112
1.4	Akteure der deutschen Außenpolitik	113
1.5	Verfassungsrechtliche Grundlagen der Außenpolitik	115
2	Globalisierung	117
2.1	Merkmale und Ursachen	117
2.2	Eigenschaften	117
2.3	Dimensionen und Konsequenzen	118
3	Herausforderungen der Globalisierung für die nationale Politik	120
3.1	Terrorismus	120
3.2	Migration	121

Autor: Heinrich Müller

Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

das **kompakte und übersichtlich gestaltete** Skript leistet Ihnen in den beiden letzten Schuljahren im Fach **Sozialkunde** in verschiedener Hinsicht gute Dienste:

- beim Verstehen und bei der **Festigung des Stoffes**
- bei der Vorbereitung auf die **Schulaufgaben**
- bei der Vorbereitung auf das **mündliche oder schriftliche Abitur**

Die Gestaltung trägt zum leichten Erfassen der Inhalte bei:

- klar **strukturiertes Inhaltsverzeichnis** zur raschen Orientierung
- präzise und verständliche sprachliche **Ausdrucksweise**
- Hervorhebung zentraler Begriffe und Zusammenhänge durch **Fettdruck**
- Vermittlung wichtiger Gesichtspunkte in **griffigen tabellarischen Übersichten**
- anschauliche **Graphiken und Schaubilder**

Das Skript orientiert sich eng an den Vorgaben des Lehrplans, die für die Prüfungsanforderungen entscheidend sind. Es eignet sich sowohl für die Abiturvorbereitung im **einstündig** als auch im **zweistündig** unterrichteten Fach Sozialkunde, da die übergreifenden Themenbereiche bei den zwei Lehrplänen beinahe deckungsgleich sind. Unterschiede ergeben sich in erster Linie in der Intensität der Behandlung des Stoffes. Das Skript vermittelt Ihnen in beiden Fällen das erforderliche **grundlegende Wissen**. Inhalte, die nur im Lehrplan des zweistündig unterrichteten Faches Sozialkunde vorkommen, sind in der Überschrift mit ***(zweistündiger Kurs)** ausgewiesen.

Durch das Skript eignen Sie sich nicht nur ein für die Prüfungen in der Schule relevantes Wissen an, sondern Sie bekommen auch ein vertieftes Verständnis für bedeutsame Entwicklungen im gesellschaftlichen und politischen Bereich.

Viel Erfolg bei der Nutzung des Skripts und Freude beim Erkenntnisgewinn wünscht Ihnen


Heinrich Müller

1.3 Wesentliche Ausprägungen von Demokratie

Grundsätzlich kann zwischen **repräsentativer** und **direkter** (plebiszitärer) **Demokratie** unterschieden werden. In der direkten Demokratie fassen die stimmberechtigten Bürger selbst die politischen Beschlüsse. Diese Form liegt in der Reinform in keinem Staat vor. Wenn man die politischen Systeme von Staaten mit einer **repräsentativen Demokratie** betrachtet, fällt auf, dass es ganz unterschiedliche Formen demokratischer Herrschaft gibt. In der Politikwissenschaft werden danach, wie das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative geregelt ist, zwei Grundformen unterschieden: das **parlamentarische** und das **präsidientielle Regierungssystem**.

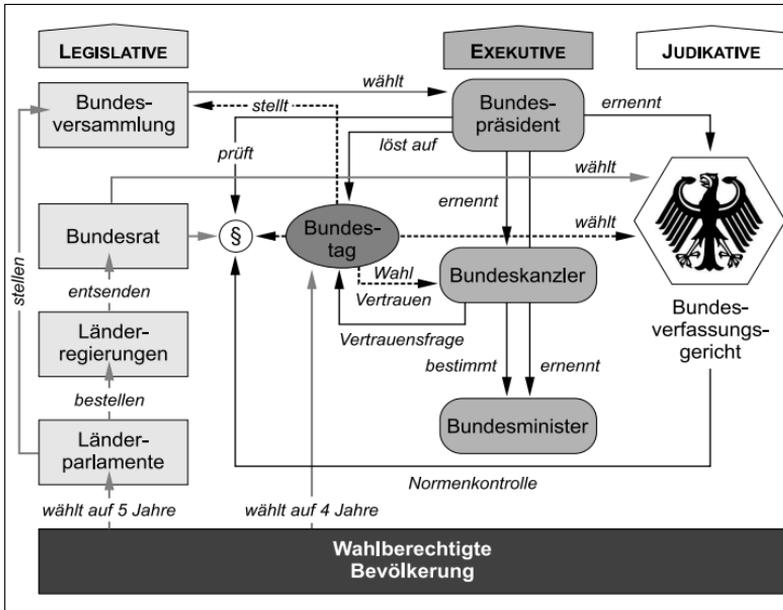
Merkmale parlamentarisches vs. präsidientielles System

parlamentarisches Regierungssystem	präsidientielles Regierungssystem
<ul style="list-style-type: none"> • Legitimation: Das Parlament wird direkt vom Volk gewählt; Regierungschef/-chefin wird durch Mehrheit des Parlaments gewählt 	<ul style="list-style-type: none"> • Legitimation: Direktwahl der Präsidentin/des Präsidenten und des Parlaments
<ul style="list-style-type: none"> • Gewaltenverschränkung: zwar getrennte Organe der drei Gewalten, aber enge Verbindung zwischen Exekutive und Legislative 	<ul style="list-style-type: none"> • strikte Gewaltenteilung: Kontrolle der Exekutive durch das Parlament
<ul style="list-style-type: none"> • doppelte Exekutive: Amt des Staatsoberhauptes und des Regierungschefs/-chefin getrennt 	<ul style="list-style-type: none"> • Präsident: Staatsoberhaupt und Regierungschef/-chefin in einer Person
<ul style="list-style-type: none"> • Abwahl des Regierungschefs/der Regierungschefin durch Parlament möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Abwahl des Präsidenten durch das Parlament nicht möglich, meist aber Möglichkeit der Amtsenthebung bei strafrechtlichen Vergehen
<ul style="list-style-type: none"> • Auflösung des Parlaments unter bestimmten Bedingungen möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • keine Möglichkeit zur Auflösung des Parlaments
<ul style="list-style-type: none"> • Vereinbarkeit eines Regierungsamtes mit einem Sitz im Parlament 	<ul style="list-style-type: none"> • Unvereinbarkeit zwischen Regierungsamt und Sitz im Parlament
<ul style="list-style-type: none"> • starke Fraktionsdisziplin bei den im Parlament vertretenen Parteien; Kontrolle der Regierung in erster Linie durch die Oppositionsparteien 	<ul style="list-style-type: none"> • recht schwach ausgeprägte Fraktionsdisziplin bei den im Parlament vertretenen Parteien

Vor- und Nachteile parlamentarisches vs. präsidentielles System

parlamentarisches Regierungssystem	präsidentielles Regierungssystem
<p>Vorteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> • keine Blockade zwischen Exekutive und Legislative, da Regierung im Normalfall über Mehrheit im Parlament verfügt • klare Unterscheidung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien; dadurch auch lebendige Debatten im Parlament • Möglichkeit der Abwahl des Regierungschefs/der Regierungschefin durch Mehrheit des Parlaments bei Unzufriedenheit mit seiner/ihrer Amtsführung oder mit der Regierungspolitik • direkte Einflussmöglichkeiten der von der Bevölkerung gewählten Abgeordneten auf die Regierungspolitik • aufgrund der doppelten Exekutive Repräsentation des Staates durch das Staatsoberhaupt und damit wirksame Integrationsfunktion 	<p>Vorteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> • klare Gewaltenteilung aufgrund der eindeutigen Trennung von exekutiver und legislativer Gewalt • Wahl des Präsidenten durch das Volk und damit verstärkte politische Mitwirkungsmöglichkeit des Volkes • Vorhandensein einer stets handlungsfähigen Regierung • Kontrolle der Regierung durch das gesamte Parlament, Abgeordnete der Partei des Präsidenten nicht durch rigide Fraktionsdisziplin in Entscheidungsfreiheit eingeschränkt
<p>Nachteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> • manchmal schwierige Regierungsbildung, vor allem bei größerer Zahl von im Parlament vertretenen Parteien • kein direkter Einfluss der Wähler auf die Besetzung des Postens des Regierungschefs • Instabilität der politischen Verhältnisse bei schwindender Unterstützung der Regierung im Parlament • keine klare Gewaltenteilung, Funktion der Kontrolle der Regierung in vollem Umfang nur von Oppositionsparteien im Parlament erfüllt 	<p>Nachteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gefahr einer politischen Blockadesituation, wenn Partei des Präsidenten/der Präsidentin nicht über Mehrheit im Parlament verfügt • recht große Machtkonzentration bei einer Person • bei Unzufriedenheit mit der Amtsführung des Präsidenten/der Präsidentin keine Möglichkeit für vorzeitige Abwahl • Spannungsverhältnis zwischen den Funktionen eines Staatsoberhauptes (Repräsentation aller Bürger) und eines Regierungschefs (Vertretung der Interessen einer politischen Richtung)

Die Bundesrepublik Deutschland als Beispiel für ein parlamentarisches Regierungssystem



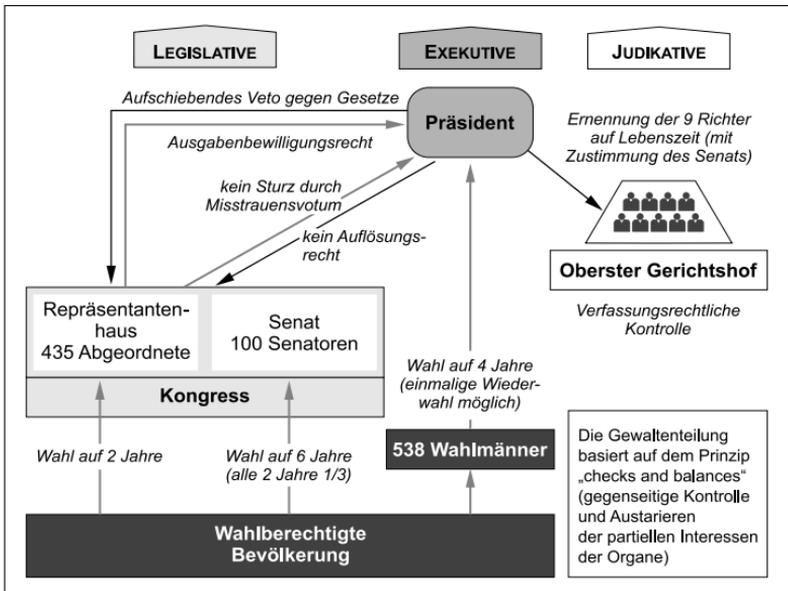
Verfassung der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik zählt zum Typus des parlamentarischen Regierungssystems, da das Parlament, **der Bundestag**, mit Mehrheit den **Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin wählt**. Es zeichnet sich durch einige **Besonderheiten** aus:

- „**Ewigkeitsklausel**“ in Art. 79,3 GG: Unantastbarkeit der Menschen- und Bürgerrechte in ihrem Wesensgehalt; Unaufhebbarkeit der Strukturprinzipien Demokratie, Bundesstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat
- **vertikale Gewaltenteilung** durch bundesstaatliche Struktur: Einfluss der Regierungen der Bundesländer auf die Gesetzgebung über den Bundesrat

- **keine Direktwahl des Staatsoberhauptes:** Wahl des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin durch die Bundesversammlung (Abgeordnete des Bundestags und gleiche Anzahl von Vertretern der Länderparlamente)
- **Position des Kanzlers/der Kanzlerin:** starke Stellung des Regierungschefs/der Regierungschefin durch **Richtlinienkompetenz**; Abwahl des Bundeskanzlers bzw. der Bundeskanzlerin nur möglich, wenn gleichzeitig ein neuer Bundeskanzler bzw. eine neue Bundeskanzlerin gewählt wird (**konstruktives Misstrauensvotum**)
- **Neuwahlen:** Auflösung des Bundestags nur nach einer vorher erfolgten negativ verlaufenen **Vertrauensfrage** des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlerin – wenn Mehrheit des Bundestags kein Vertrauen mehr in den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin hat, kann dieser/diese den Bundespräsidenten/die Bundespräsidentin bitten, den **Bundestag aufzulösen** und Neuwahlen anzusetzen; Entscheidung über Auflösung in Kompetenz des Bundespräsidenten

Die USA als Beispiel für ein präsidentielles Regierungssystem



Schemas der Verfassung der USA

Die USA sind das klassische Beispiel für ein präsidentielles Regierungssystem, auch wenn die Organisation der **Wahl des Präsidenten** dem äußeren Rahmen nach noch den Gepflogenheiten aus der Zeit der Staatsgründung entspricht: In den Vereinigten Staaten wählt die Bevölkerung in den einzelnen Bundesstaaten **Wahlmänner** (männlich und weiblich), die dann in einer eigenen Abstimmung den **Präsidenten bestimmen**. Die Wahlmänner sind aber gemäß der Tradition bei ihrer Entscheidung daran gebunden, für welchen Präsidentschaftskandidaten der Bundesstaat, den sie vertreten, mehrheitlich gestimmt hat. Hat ein Präsidentschaftskandidat bei der Wahl einen Bundesstaat gewonnen, kann er die Stimmen der diesen Bundesstaat vertretenden Wahlmänner beanspruchen. Deren Zahl richtet sich nach der Bevölkerungsgröße des jeweiligen Staates.

Weitere charakteristische **Merkmale** des Regierungssystems der USA:

- **große Machtfülle** des für vier Jahre gewählten **Präsidenten**: zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte

Kompetenzen u. a.:

- Ernennung der Minister („Staatssekretäre“ genannt)
- Ernennung der Bundesrichter
- Vertretung der USA nach außen
- suspensives (aufschiebendes) Veto gegenüber den Beschlüssen des Kongresses (Zweidrittelmehrheit im Kongress für Überstimmung des Vetos nötig)
- **Amtsenthungsverfahren**: Ablösung des Präsidenten nur durch *impeachment* bei „hohen Verbrechen und Vergehen“ (*high crimes and misdemeanors*);
Ablauf: Mehrheit im Repräsentantenhaus für Eröffnung eines Verfahrens notwendig → Bei Entscheidung für Eröffnung: Anhörungen im Senat und unter Umständen Erhebung der Anklage bei Vorsitz eines Bundesrichters → Amtsenthebung des Präsidenten nur mit **Zweidrittelmehrheit des Senats** möglich

- zwei „**Häuser**“ im Parlament („**Kongress**“): **Repräsentantenhaus** (Zahl der die einzelnen Bundesstaaten repräsentierenden Abgeordneten nach deren Bevölkerungsgröße) und **Senat** (je zwei Senatoren pro Bundesstaat); keine Auflösungsmöglichkeit durch den Präsidenten

Kompetenzen des Kongresses, u. a.:

- Beschließen der Gesetze und des Staatshaushaltes
- Kriegserklärungen
- Bestätigung völkerrechtlicher Verträge durch den Senat
- zwei **große Parteien** im Kongress: **republikanische Partei** und **demokratische Partei**; kein Gegenüber „Regierungspartei“ – „Oppositionspartei“, da Präsident nicht auf Zustimmung der Mehrheit des Kongresses angewiesen ist; Kontrolle der Exekutive durch den gesamten Kongress
- **Supreme Court**: oberster Gerichtshof der USA, bestehend aus neun vom Präsidenten auf Lebenszeit ernannten Bundesrichtern (Bestätigung durch den Senat mit Zweidrittelmehrheit)

Kompetenzen, u. a.:

- Überwachung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger sowie der Handlungen des Präsidenten und der Entscheidungen des Kongresses
- Möglichkeit der Zurückweisung von Gesetzesvorschlägen des Kongresses

Das politische System der USA wird durch das für die angelsächsische Tradition charakteristische System der *checks and balances* geprägt, d. h., **jeder Bereich** der staatlichen Gewalt (Exekutive, Legislative, Judikative) **kontrolliert** die anderen beiden **und wird** wiederum von diesen **kontrolliert**.

System der Checks (Kontrolle) und Balances (Gleichgewicht)		
<p>Exekutive (Präsident führt die Gesetze aus)</p>	<p>Kontrolle gegenüber der Legislative:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anregung von Gesetzen • Einlegen von suspensivem Veto • Einberufung von besonderen Sitzungen des Kongresses • Aushandeln von Verträgen mit ausländischen Staaten 	<p>Kontrolle gegenüber der Judikative:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ernennung der Bundesrichter • Recht auf Begnadigungen
<p>Legislative (Kongress macht Gesetze)</p>	<p>Kontrolle gegenüber der Exekutive:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Möglichkeit zum Überstimmen des suspensiven Vetos des Präsidenten • Bestätigung von Ernennungen des Präsidenten • Recht auf Kriegserklärung • Entscheidung über Haushaltsmittel • Möglichkeit, Impeachment-Verfahren einzuleiten und Präsidenten des Amtes zu entheben 	<p>Kontrolle gegenüber der Judikative:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Möglichkeit zur Anklage und zur Amtsenthebung von Bundesrichtern • Bestätigung der Berufung von Bundesrichtern • Vorschlag von Gesetzesänderungen (um richterliche Entscheidungen zu umgehen) • Einrichtung von niedrigeren Bundesgerichten
<p>Judikative (Supreme Court legt die Gesetze aus)</p>	<p>Kontrolle gegenüber der Exekutive:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einstufung von Handlungen der Exekutive als nicht verfassungsgemäß 	<p>Kontrolle gegenüber der Legislative:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einstufung von Handlungen der Legislative als nicht verfassungsgemäß

Checks und Balances

2 Diktatorische Systeme

2.1 Merkmale diktatorischer Systeme

Auch offenkundige Diktaturen beanspruchen in der Regel für sich, dass sie dem Willen des Volkes entsprächen und in diesem Sinn „demokratisch“ seien. Allerdings lassen sich bei der Analyse von politischen Systemen allgemeine **Merkmale** feststellen, welche **diktatorische Systeme** klar von demokratischen unterscheiden:

- **keine freien Wahlen**, staatliche Beeinflussung der Wahlentscheidung der Bürger
- Missachtung von Grundrechten
- Bestätigung der Regierenden als Zweck der Wahl, **Abwahl** der Regierenden **nicht vorgesehen**
- **kein freier Wettbewerb** politischer Parteien, sondern Akzeptanz der Führungsrolle einer Person oder Partei; Unterordnung von kleineren Parteien unter den Führungsanspruch der herrschenden Partei
- **Konzentration der Macht** bei Regierenden, faktisches **Fehlen einer Gewaltenteilung**; Justiz im Dienste der Regierung
- **Vereinheitlichung** des gesellschaftlichen und sozialen Lebens
- Kontrolle der Medien und Vorhandensein von **Zensur**
- Gemeinwohl von Regierenden definiert



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de

info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

STARK